



Die Bundesversammlung - Das Schweizer Parlament

Curia Vista - Geschäftsdatenbank

10.4123 – Postulat

Gewalt und Misshandlung im Alter

Eingereicht von



Heim Bea

Einreichungsdatum

17.12.2010

Eingereicht im

Nationalrat

Stand der Beratung

Im Plenum noch nicht behandelt

Eingereichter Text

Der Bundesrat wird beauftragt

1. einen Bericht zum Thema "Gewalt im Alter" in der Schweiz zu erstellen.
2. rechtliche Grundlagen zu prüfen und wenn nötig zu schaffen für ein aktives Engagement des Bundes zusammen mit den Kantonen in der Prävention und der Bekämpfung von Gewalt im Alter.
3. Grundlagen für die Initiierung und Unterstützung nationaler Informations- und Präventionskampagnen sowie für konkrete Präventionsprojekte und - Massnahmen in Zusammenarbeit mit Fachorganisationen und bestehenden Netzwerken in den verschiedenen Landesteilen der Schweiz zu erarbeiten.

Begründung

Misshandlungen älterer Menschen sind ein Tabuthema. Während vereinzelt Vorfälle in einzelnen Alters- und Pflegeheimen öffentlich werden (z.B. Entlisberg Zürich) geschieht die Mehrheit der Übergriffe, wie Untersuchungen zeigen, durch betreuende Familienmitglieder. Fachleute schätzen, dass etwa 3-10 Prozent aller Betagten (ca. 50 000 ältere Menschen) in der Schweiz physisch oder psychisch Opfer von Gewalt werden. Die Tendenz ist steigend - aus demografischen Gründen und wegen Überforderung betreuender Personen im Umgang mit älteren Menschen (besonders bei einer Demenz). Hilfe für Betroffene bieten u. a. die unabhängige Beschwerdestelle für das Alter (UBA), in der Westschweiz und im Tessin die Organisation "alter ego". Einzelne Kantone haben

Ombudsstellen für das Alter, die sich aber um Probleme in Institutionen kümmern. UBA und "alter ego" leisten mit freiwilligen Fachpersonen verschiedener Bereiche (Pflege, Finanzen, Recht, Medizin, Vormundschaft) Hilfe in Konflikt - und Gewaltsituationen. Das Netzwerk UBA z.B. arbeitet regional und mit anderen Organisationen zusammen (SRK, Pro Senectute, Spitex, Curaviva). Aber es muss die ganze Schweiz mit Gewaltpräventionsangeboten abgedeckt sein. Es braucht die Sensibilisierung der Bevölkerung, systematische Aus- und Weiterbildungen pflegender Fachleute und Angehöriger und eine regelmässige schweizweite Situationsanalyse. Das erfordert eine nationale Koordination. Im Bereich Kinderschutz und -rechte sind Bund und BSV schon sehr aktiv. Sie fördern die nötigen Aufgaben finanziell. Im Altersbereich ist dies nicht der Fall. Es fehlt an Unterstützung für eine nationale Koordinations- und Beschwerdestelle. Gesuche auf der Basis des AHV-Gesetzes Artikel 101bis gibt es, sind aber seit mehr als 1 Jahr pendent.

Erstbehandelnder Rat

Nationalrat

Mitunterzeichnende (47)

Allemann Evi Aubert Josiane Baettig Dominique Birrer-Heimo Prisca
Bortoluzzi Toni Carobbio Guscetti Marina Daguet André Fehr Hans-Jürg
Fehr Jacqueline Flückiger-Bäni Sylvia Frösch Therese Geissbühler Andrea Martina
Gilli Yvonne Glanzmann-Hunkeler Ida Glauser-Zufferey Alice Ingold Maja
Jans Beat Joder Rudolf Kiener Nellen Margret Leuenberger Ueli
Lumengo Ricardo Maire Jacques-André Marra Ada Meier-Schatz Lucrezia
Meyer-Kaelin Thérèse Müller Walter Neiryck Jacques Nordmann Roger
Nussbaumer Eric Prelicz-Huber Katharina Rielle Jean-Charles Robbiani Meinrado
Rossini Stéphane Schelbert Louis Schenker Silvia Schmidt Roberto
Simoneschi-Cortesi Chiara Steiert Jean-François Stöckli Hans
Streiff-Feller Marianne Stump Doris Thorens Goumaz Adèle Tschümperlin Andy
Voruz Eric Weber-Gobet Marie-Thérèse Weibel Thomas Wyss Brigit

Deskriptoren: Hilfe

Gewalt älterer Mensch Bericht Gebrechlichenpflege Informationskampagne

Ergänzende Erschliessung:

28

Zuständig

Departement des Innern

(EDI)

Sie sind hier: Das Schweizer Parlament > Suche > [Geschaefte](#)

© Das Schweizer Parlament / CH - 3003 Bern, Impressum, Disclaimer